

Pressemitteilung zur Ratssitzung

Osnabrück, 25.06.2019

Aktuelle Stunde zum Neumarkt

Zur aktuellen Stunde zum Neumarkt erklärt Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„Dass der Investor nun nach Jahren des Stillstands von heute auf morgen abgesprungen ist, ist sicherlich eine herbe Enttäuschung. Auch die Informationspolitik darüber war von Seiten des Oberbürgermeisters gegenüber den Fraktionen überaus unglücklich. Wir müssen jetzt aber auch Unibail Rodamco an den Tisch holen und Rechenschaft für die einsame Entscheidung einfordern. Von der Stadtverwaltung sind die Verträge dahingehend zu prüfen, wie wir die Entscheidungshoheit über diesen wichtigen Ort zurückbekommen können.

Für uns zeigt sich hier wieder deutlich, dass wir uns auf private Renditejäger bei so wichtigen Stadtentwicklungsprojekten nicht verlassen können! Bereits zum damaligen Zeitpunkt hat die Beteiligung eines Investors kein Hochgefühl bei uns ausgelöst. Wir haben uns aber seinerzeit dazu entschieden, das Projekt des Einkaufszentrums mitzutragen, in der Hoffnung das sich so endlich mal etwas bewegt am Neumarkt. Vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass sich das Grundstück auch seinerzeit nicht im Eigentum der Stadt befand. Die Entscheidung auf einen privaten Großinvestor zu vertrauen hat sich als Fehler herausgestellt. Nun gilt es den Blick nach vorne zu richten und gemeinsam mit der Osnabrücker Bevölkerung einen Plan B umzusetzen. Die Konzepte, die im Jahr 2017 von der „Konzeptgruppe Plan B“ entwickelt wurden, sind hier sicherlich ein wichtiger Grundstein, den es jetzt gemeinsam weiter zu entwickeln gilt. Ein so zentraler Platz wie der Neumarkt muss dem Gemeinwohl dienen. Es wird Zeit hier gemeinsam diesen Schandfleck zu beseitigen und den Neumarkt weiter umzugestalten. Wir brauchen ein Umsetzungskonzept und zwar jetzt!“

Grundsteuerreform der GroKo enttäuschend!

Zur Resolution des Rates zur Grundsteuerreform erklären die Ratsfrauen der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Die Grundsteuerreform der Bundesregierung ist leider völlig schiefgelaufen. Die Öffnungsklausel, die es den Ländern ermöglicht eigenen Regelungen zu treffen, hat es auf Druck der CSU in die Reform geschafft. Das führt zu einem bundesdeutschen Flickenteppich, der schlimmstenfalls einen Grundsteuer-Wettbewerb zwischen den Ländern zur Folge hat. Auch das die Grundsteuer den Wert der Gebäude nicht mitberücksichtigt ist ein großer Mangel dieses Kompromissvorschlags. Und die Grundsteuer kann auch in Zukunft als Betriebskosten auf die Mieter*innen umgelegt werden—das ist überhaupt nicht tragbar. Es braucht eine Grundsteuer, die flächendeckend gilt, die auch den Wert von Immobilien berücksichtigt und die vor allem nicht die Mieter*innen weiter belastet, sondern bei den Eigentümer*innen ansetzt!

In der Resolution zur heutigen Ratssitzung finden sich diese Forderungen nicht wieder. Es ist natürlich wichtig, dass es überhaupt zu einer Reform der Grundsteuer kommt, da ansonsten die Gefahr bestehen würde, dass die Kommunen eine wichtige Einnahmequelle verlieren—die Reform der GroKo aus Berlin verspielt aber leider die Chance einer gerechteren und besseren Grundsteuer.“